

An das

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank für den Brief zum Thema „Freihandelsabkommen“ im Vorfeld des SPD-Bundesparteitages. Die Diskussion um TTIP und CETA zeigt, wie wichtig inzwischen vielen Menschen faire Handelsbeziehungen weltweit sind und welche Ängste auch durch intransparente Verfahren hervorgerufen werden. Die SPD hat sich deshalb sehr intensiv und ernsthaft auf ihrem Parteitag mit dieser Thematik auseinandergesetzt und ihre Position hierzu noch einmal geschärft und bestätigt.

Der beschlossene Leitantrag bestätigt deshalb noch einmal ausdrücklich die auf dem Parteikonvent im September 2014 festgelegten Leitlinien als Maßstab für die weiteren Verhandlungen und am Ende für eine Zustimmungsfähigkeit zu den transatlantischen Freihandelsabkommen. Dazu gehören insbesondere die Ablehnung privater Schiedsgerichte und die Verpflichtung, internationale Übereinkünfte und Normen in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Verbraucherschutz zu beachten und umzusetzen, insbesondere die ILO-Kernarbeitsnormen.

Außerdem betont der Antrag, dass es beim CETA-Abkommen noch erheblichen Nachbesserungsbedarf gibt. Deshalb soll die Chance ergriffen werden, die sich durch die Neuwahl der kanadischen Regierung ergeben hat und nachverhandelt werden.

Die SPD betrachtet Freihandelsabkommen als notwendige Instrumente zur Schaffung fairer Regeln für globalen Handel und damit gerade auch zur Sicherung wichtiger sozialer, ökologischer oder rechtsstaatlicher Standards. Diese sind allerdings in transparenten und damit politischen Verfahren auszuhandeln und auch öffentlichen Diskursen zugänglich zu machen. Nur so kann verhindert werden, dass die Regeln für globalen Handel überwiegend durch private Investitionsinteressen gesetzt werden. Wir brauchen Spielregeln für die globale Ökonomie, die im Interesse der Menschen sind. Die Alternative dazu ist Regellosigkeit und die nutzt im Zweifel den ökonomisch Starken.

Die SPD wird sich weiter für eine soziale, ökologische und vor allem demokratische Gestaltung der Globalisierung einsetzen. Sie braucht dabei auch weiter die kritisch-konstruktive Begleitung und Unterstützung der Zivilgesellschaft.